



STANDPUNKTE

Politische Landschaften und gewerkschaftliche Themen – Statement des Landesvorsitzenden

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zeitlebens war ich von meiner Einstellung her ein Kollege von der Straße, der ganz vorn stand. Ich habe „von unten“ angefangen, vieles gelernt, auch Fehler gemacht, aber immer zur Sache gestanden. Es ist nun schon ein paar Tage her, dass ich zu verschiedenen Themen Stellung genommen habe. Was ich bisher zum neuen Jahr gelesen habe, fordert aber heraus:

Kennzeichnungspflicht

Wir, die Polizeibeamtinnen und -beamten, genießen das überwältigende Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger – eine Tatsache, die man von „Politikern“ nicht gerade behaupten kann. Das ist nicht vom Himmel gefallen, sondern wurde hart von uns erarbeitet und zeichnet uns als Bürgerpolizei aus. Diejenigen, die die Kennzeichnungspflicht für uns fordern, wollen uns als potenzielle Straftäter stigmatisieren – für Hamburg und nach meiner Meinung auch für alle anderen Bundesländer ohne jeden belegbaren sachlichen und fachlichen Hintergrund! Diesen Leuten fehlt wirklich der Blick für das Wesentliche. Wir müssen nicht nur in Hamburg ad hoc eine ganze „Polizeigeneration“ ersetzen, weil die Politik es parteiübergreifend in den vergangenen 15 Jahren verschlafen hat, kontinuierlich den notwendigen Nachwuchs einzustellen.

Silvester

Wie kann es angehen, dass sich am Jungfernstieg – so berichtet mir die GdP-Einsatzbetreuung – wieder wie beim Jahreswechsel 2016/2017 tausende junge Menschen mit Migrationshintergrund sammeln und ein Vermögen in die Luft und in die Menge jagen?

In anderen Bundesländern wurden Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste angegriffen – das ist eine Entwicklung, die von der Politik schleunigst



„Kirsche“ immer mit dabei

angegangen werden muss, statt zuzulassen, dass das Vertrauen in die Kolleginnen und Kollegen weiter durch bestimmte politische Kräfte untergraben wird. Und wieder wurde die Eskalation der Lage in Hamburg nur durch ein Großaufgebot der Hamburger Polizei unterbunden.

Räumung der „Roten Flora“

Nicht das Gebäude ist das Problem – die handelnden Personen sind es: Ein Rechtsanwalt Beuth, ein Herr Blechschmidt, ein Bürgerschaftsabgeordneter Dolzer und andere sind es, die immer wieder durch ihr provokantes Auftreten den Frieden in dieser Stadt gefährden. Diese Menschen müssen rechtstaatlich zur Verantwortung gezogen werden, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet – und dann darf es auch mal schneller gehen. Wenn die CDU Hamburg – unterstützt von der CSU (!) – die Räumung der „Roten Flora“ fordert, dürfte klar sein, was das wieder für die Kolleginnen und Kollegen bedeuten wird. Sie werden wieder in vorderster Linie stehen und nicht diejenigen, die vom Sofa aus Forderungen stellen. Die Räumung kann deshalb nur die „Ultima Ratio“ sein. Abgesehen davon, warum wurde die „Rote Flora“ nicht schon unter dem CDU-Senat geräumt? Es gibt zunächst elegantere Methoden – wie wäre es z. B., wenn man die Steuerpflichtigkeit für

die Betreiber einführen und durchsetzen würde?

Aktuelle Diskussion um die „Rote Flora“

Stellungnahme des Landesvorsitzenden der GdP, Gerhard Kirsch, zum Flugblatt der DPoIG vom 10. 1. 2018: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Wer die „Rote Flora“ zum jetzigen Zeitpunkt schließen bzw. räumen will, muss sich über die Folgen einer solchen Maßnahme im Klaren sein. Eine solche Maßnahme – für die es zurzeit auch keine erkennbare Rechtsgrundlage gibt – wird auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen. Das wäre zum jetzigen Zeitpunkt verantwortungslos.

Wenn es zukünftig keinen Gewaltverzicht aus der „Roten Flora“ geben wird und/oder andere mögliche Maßnahmen nicht zu einer dauerhaften Befriedung führen, ist eine Schließung unumgänglich – kein anderes Fazit habe ich gezogen!

Ich stelle nochmals fest, dass ich keinen „Gewerkschaftskrieg“ will, weil eine solche Auseinandersetzung nur der Kollegenschaft insgesamt schadet. Ich werde auch zukünftig eine solche Auseinandersetzung nicht annehmen und auch nicht führen – das mögen andere leider anders sehen. Die GdP Hamburg und ich selbst stehen ausdrücklich für eine konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle unserer Kolleginnen und Kollegen.

Auf der anderen Seite lasse ich es aber auch nicht zu, dass meine Statements (z. B. bei „Hamburg1“) durch offenbar bewusste Weglassung wesentlicher Aussagen verzerrt dargestellt und aus rein parteipolitischen Zwecken diskreditiert werden.

Ich wünsche Euch allen ein gesundes 2018 – die Arbeit geht sowieso weiter.

Gerhard Kirsch,
Landesvorsitzender GdP Hamburg



Weiterentwicklung der Entgeltordnung TV-L

In der Tarifeinigung vom 17. Februar 2017 ist mit der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) eine Vereinbarung getroffen worden, über die Weiterentwicklung der Entgeltordnung der Länder nach Abschluss der Tarifrunde zu verhandeln. Unter anderem geht es auch um die Frage der stufen-gleichen Höhergruppierung und der Entzerrung der Entgeltgruppe 9 (kleine EG 9/große EG 9).

Grundlage der Verhandlungen sind die Eingruppierungsvorschriften des TV-L und die Tätigkeitsmerkmale der Anlage A zum TV-L (Entgeltordnung der Länder). Bei den Verhandlungen sollen allgemeine berufliche und tarifliche Ent-

wicklungen, die nicht in die Entgeltordnung von 2012 eingeflossen und seitdem eingetreten sind, einbezogen werden (z. B. IT-Bereich). In gemeinsamen Arbeitsgruppen erfolgt eine Durchsicht und Analyse aller vorhandenen Eingruppierungsmerkmale mit dem Ziel der Feststellung ihrer weiteren Relevanz (Beibehaltung, Streichung, Aktualisierung oder Ergänzung). Es wird eine Steuerungsgruppe auf Spitzenebene gebildet. Ihr gehören unter Einbeziehung der Vorsitzenden zu gleichen Teilen Vertreterinnen und Vertreter der TdL und der Gewerkschaften an. Sie soll die Arbeitsschritte koordinieren, den erreichten Verhandlungsstand bewerten, offene Fragen klären und weitere Verhandlungsschritte festlegen. Die Verhandlungen haben im Juli 2017 begonnen und sollen im Jahr 2018 abgeschlossen sein, damit in der Tarifrunde 2019 über die Inkraftsetzung der ge-einten Änderungen entschieden werden kann.

Die GdP ist in der Arbeitsgruppe für die speziellen Tätigkeitsmerkmale für Beschäftigte mit körperlich/handwerklich geprägten Tätigkeiten (Teil III Abschnitt 3.6 der Entgeltordnung – Polizeiverwaltung) vertreten.

Die Arbeitsgruppe 3 der GdP-Bundestarifkommission hat sich im Dezember 2017 insbesondere mit den Tätigkeitsmerkmalen auseinandergesetzt, die die Polizeibeschäftigten betreffen, und Vorschläge für die weiteren Verhandlungen erarbeitet.

Aufgaben der Tarifgemeinschaft deutscher Länder

Die Bundesländer sind seit 1949 unter dem Namen „Tarifgemeinschaft deutscher Länder“ (TdL) zu einer Arbeitgebervereinigung zusammengeschlossen mit dem Zweck, die Interessen der Mitglieder insbesondere durch den Abschluss von Tarifverträgen zu wahren.

Derzeit sind 15 der 16 deutschen Länder Mitglied der TdL. Das Land

Hessen gehört der TdL seit dem Jahr 2004 nicht mehr an. Anstelle eines Landes kann auch ein Arbeitgeberverband, in dem das jeweilige Land einen beherrschenden Einfluss hat, die Interessen des Landes in der TdL vertreten. Das gilt derzeit für Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.

Tarifvertragspartner der TdL sind die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Im Einzelnen sind dies die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di (ehemals ÖTV und DAG), der dbb beamtenbund und tarifunion (dbb), die Ärztegwerkschaft Marburger Bund (MB) sowie im Forstbereich die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) werden von ver.di vertreten und sitzen bei Tarifverhandlungen mit am Verhandlungstisch.

Der Landesvorstand

TARIFVERHANDLUNGEN

Deutliches Lohn-plus gefordert

Kämpferisch und geschlossen gehen die Gewerkschaften im DGB in die nächsten Tarifverhandlungen.

„Es ist eine Frage von Gerechtigkeit und sozialem Zusammenhalt, dass die Beschäftigten an den wirtschaftlichen Erfolgen auch richtig beteiligt werden. Solange es Renditeerwartungen von bis zu 20% gibt, solange werden wir auch unseren entsprechenden Anteil einfordern“, so Katja Karger, DGB Vorsitzende Hamburg.

Gerhard Kirsch, Landesvorsitzender der GdP Hamburg: „Wir brauchen nicht nur mehr Personal, sondern auch eine wertschätzende Bezahlung und Antworten darauf, wie wir die Kolleginnen und Kollegen besser vor zu viel Belastung schützen.“

Jörn Clasen



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96-0
Telefax (0 40) 28 08 96-18
E-Mail: gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Montag bis Donnerstag 8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion:
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
E-Mail: joernclasen@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438





Polizeisozialwerk

Hamburg GmbH

Eine Gründung der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hamburg

Urlaubsreif?



Wir finden die passende Reise für Sie und das noch zu guten Preisen.

Denken Sie daran, GdP Mitglieder erhalten bei uns einen Reisekostenzuschuss!



Wir freuen uns auf Sie!
Polizeisozialwerk Hamburg GmbH

Hindenburgstr. 49

22297 Hamburg

Tel: 040 / 28 08 96 22

Fax: 040 / 28 08 96 27

Mail: psw-reisen-hamburg@gdp.de

www.psw-hamburg.de



GdP mittendrin in der politischen Diskussion um G 20 und die „Rote Flora“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die linksphilosophische Wortklauberin und innenpolitische Sprecherin der Linken von der Elbe hat sich heute im Hamburger Abendblatt zu Wort gemeldet.

Spät – viel zu spät – und dann mit dem Zitat: „Gewalt ist undemokratisch“ – falsch, Frau Schneider, ungerechtfertigte Gewalt ist schlicht kriminell – so muss es heißen. Und dann: Man hätte sich „offensiver mit der Frage auseinandersetzen müssen, ob Gewalt legitim ist oder nicht“ – und man habe sich „dieses Ausmaß von Gewalt nicht vorstellen können“.

Frau Schneider: Nur gerechtfertigte Gewaltausübung ist in einem Rechtsstaat legitim – die der „autonomen Gewalttäter“ war es nicht. Damit erübrigt sich jede Debatte mit den Gewaltbefürwortern. Die gehören rechtsstaatlich verfolgt – und sonst gar nichts. Und: Welches Ausmaß von Gewalt hatten Sie sich denn so vorgestellt angesichts der Tatsache, dass ein selbsternannter Sprecher der „Autonomen“, ein Rechtsanwalt und Organ der Rechtspflege, sich damit brüstete, den größten „Schwarzen Block“ in

Hamburg begrüßen zu dürfen?

Dann sagt sie über den Einsatzleiter Hartmut Dudde: „Ihn zum Einsatzleiter zu machen, war ein fatales Signal gegen die Rechtsstaatlichkeit ... das zeigt, dass der rot-grüne Senat auf Eskalation gesetzt hat.“ Wieder falsch, Frau Schneider – auf Eskalation haben die „autonomen Freunde“ des Rechtsanwaltes Beuth gesetzt und sonst niemand. Und Frau Schneider weiter: „Bei den Camps ging es darum, dass Menschen übernachten können. Mehr nicht.“ Wieder nachweislich falsch, ja sogar angesichts der Tatsachen eine zynische Äußerung – wie im Übrigen auch Fahndungsmaßnahmen der Polizei als „Menschenjagd“ zu bezeichnen.



Wie geht es mit der „Roten Flora“ weiter?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde: Alle rechtsstaatlichen Mittel ausschöpfen. Das habe ich gesagt und ich meine es auch so! Wir müssen doch daran interessiert sein, die seit Jahrzehnten geführten Auseinandersetzungen – erst in der Hafensstraße, dann immer wieder rund um die Flora im Schanzenviertel – dauerhaft zu befrieden (ich war seinerzeit sowohl in der Hafensstraße als auch im Schanzenviertel eingesetzt und weiß deshalb, wovon ich rede).

Würde man die „Rote Flora“ noch vor Abschluss der Aufklärungsarbeit des Sonderausschusses der Bürgerschaft oder des Ermittlungsverfahrens gegen den Rechtsanwalt Beuth räumen, dann lassen wir diese Leute aus der Ecke, in der sie jetzt stehen. Und: Wir würden nur ein Gebäude räumen – und damit zum Symbol erheben; die Personen wären noch immer da und würden



Gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit: Hartmut Dudde und Gerhard Kirsch



POLITIK IN HAMBURG



Ausführliche und auch kontroverse Diskussionen zu diesen Themen auf facebook

sich wahrscheinlich ein anderes Refugium suchen. Deshalb sage ich, dass die Initiatoren der „Welcome to Hell“-Veranstaltung zunächst zur Rechenschaft zu ziehen sind. Die bisherigen Spielregeln (Steuerfreiheit, Intransparenz etc.) dürfen nicht länger Gültigkeit haben – das darf zukünftig kein staatsfreier Raum mehr sein.

Deshalb ist es doch geradezu logisch, JETZT nicht zu räumen, wie es die Populisten fordern – oder hat irgendjemand von Euch von denen ei-

nen Plan gehört, wie es dann weitergehen soll? Nein, so weit denken die nicht – interessiert sie wahrscheinlich auch aus ihrer Interessenlage heraus nicht. Deshalb sind sie ja Populisten. (Einer meiner Lieblingsprüche: „Nur nicht weiter denken als eine fette Sau hochspringt“ – passt m. E. wohl ganz gut.)

Angriffe aus diesen Kreisen auf meine Person gab es einige – aber ich weiche nicht einen Millimeter von meiner Meinung ab.

Jeder Kollege weiß – wie schon bei G 20 – was auf uns zukäme. Wir sind keine Feiglinge, waren es nie! Jetzt heißt es politisch klug, rechtsstaatlich und verantwortungsvoll vorzugehen – insbesondere meinen Kolleginnen und Kollegen gegenüber. Schritt für Schritt – und wenn das dann nicht zu einer dauerhaften Befriedung führen sollte – die „Rotfloristen“ sich nicht friedlich fügen/integrieren sollten, dann eben los – wie damals in St. Pauli – wenn Ansagen nicht befolgt wurden, dann gab es die rechtsstaatliche Konsequenz. So muss es für uns sein und bleiben und für den Senat in diesem Fall auch werden.

Eurer Gerhard „Kirsche“ Kirsch



"Räumung der Flora - Nicht jetzt" - Hamburg 1

Herbert Schalthoff spricht mit dem Landesvorsitzenden der Polizeigewerkschaft Gerhard Kirsch.

HAMBURG1.DE

Anzeige

Am besten heute alles regeln – am besten GBI
Tel. 040 - 24 84 00

Ich bin ein Vorsorger!

Ich geh' gern auf Nummer sicher – auch bei meinem Finale auf Erden. Komme, was wolle: Alles ist jetzt in besten Händen.



Hamburger Seniorenmitwirkungsgesetz auf dem Prüfstand

Von Johannes Müllner für die DGB-Senioren HH

Nachdem auf Initiative der DGB Senioren das Hamburgische Seniorenmitwirkungsgesetz (HmbSenMitwG) am 24. Oktober 2012 beschlossen wurde, leisten die Seniorinnen und Senioren in den Seniorenbeiräten der sieben Hamburger Bezirke seit dem 1. April 2013 nach diesem Gesetz ihre seniorenpolitische Arbeit.

Nach der ersten Amtszeit (endete am 31. März 2017) der Seniorenvertretungen in den Hamburger Bezirken, in die auch GdP-Senioren hineingewählt wurden und die mitgearbeitet haben, sollte das Gesetz einer Evaluation unterzogen und überarbeitet werden. An dieser Evaluation haben auch die Hamburger DGB-Senioren der acht Einzelgewerkschaften wie auch die GdP mitgewirkt. Anbei nun das erarbeitete Positionspapier der DGB-Senioren. Wir hoffen nun, dass die Politik die formulierten Anregungen aufgreift und umsetzt, damit noch bessere Rahmenbedingungen für die zukünftige Seniorenarbeit geschaffen werden können, zum Wohle der älteren Generation in Hamburg.

Das 2011 von den Hamburger DGB-Senioren initiierte und im Jahre 2012 von der Hamburgischen Bürger-

schaft beschlossene Seniorenmitwirkungsgesetz wurde nach der im Gesetz verankerten Evaluationsverpflichtung 2017 auf den Prüfstand gestellt. Als zuständige Senatorin beauftragte Frau Prüfer-Storcks das Nexus-Institut mit dieser Aufgabe. Der Landesseniorenbeirat sowie bezirkliche Seniorenvertretungen, Vertreter großer Seniorenorganisationen und viele Beteiligte, die mit dem Gesetz arbeiten, wurden befragt, um ein authentisches Bild von der Gesetzespraxis zu erhalten. Im Oktober 2017 stellte das Institut sein Untersuchungsergebnis vor und beurteilte die bisherige Gesetzespraxis positiv. Grundsätzliche Änderungen wurden nicht vorgeschlagen.

Natürlich verfolgen die Hamburger DGB-Senioren als Initiatoren des Gesetzes weiterhin das Ziel, dass ein Seniorenmitwirkungsgesetz zur Verstärkung und Effizienz der Seniorenpolitik in Hamburg beitragen soll. Die Hauptaufgabe des Gesetzes, mehr Menschen außerhalb von Organisationen in die Hamburger Seniorenpolitik zu integrieren, ist gelungen. Diese zusätzlichen Aktivitäten ergänzen die Seniorenpolitik der traditionellen Seniorenverbände. DGB-Senioren, SoVD, VDK, AWO und andere haben bisher immer die Seniorenpolitik in Hamburg geprägt. Mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz bekennt sich Hamburg zu einer umfassenden, alle Bevölkerungsgruppen einschließenden Politik für die Seniorinnen und Senioren. Die Gesellschaft wird zusätzlich sensibilisiert, weil die Lebensinteressen der älteren Generation in Hamburg stärker wahrgenommen und positiv gestaltet werden.

Die DGB-Senioren wollten mit eigenen Vorschlägen zur Bewertung des Gesetzes noch einen Schritt weitergehen. Fortschrittliche Seniorenpolitik in einem Stadtstaat sollte als Einheit verstanden und praktiziert werden. Es sollte möglichst viele Regelungen und Instrumente geben, die die Zusammenarbeit aller in der Seniorenpolitik Engagierten bündelt und festigt. Deshalb haben wir eine Gesetzesergänzung ganz gezielt vorge-

schlagen, so wie sie in anderen Bundesländern bereits besteht, den drei größten in Hamburg tätigen Seniorenorganisationen ein Vorschlagsrecht für drei Sitze im LSB-Vorstand einzuräumen. Eine derartige integrative Maßnahme hätte die Hamburger Seniorenpolitik noch effektiver gestaltet. Dieser Vorschlag fand keine Zustimmung bei dem untersuchenden Institut und bei Frau Senatorin Prüfer-Storcks. Für sie sind die Leistungen der Seniorenorganisationen unbestritten und benötigen keine zusätzliche Absicherung im Seniorenmitwirkungsgesetz. Eine gute Zusammenarbeit aller in der Seniorenpolitik engagierten Organisationen mit dem LSB ist politisch unbedingt erwünscht.

Die DGB-Senioren machten außerdem zwei weitere Vorschläge: Alle zwei Jahre sollte eine Seniorendelegiertenvollversammlung unter Leitung des Landesseniorenbeirats (LSB) stattfinden, um die Kommunikation des LSB mit den bezirklichen Seniorengremien zu verbessern. Der zweite Vorschlag lautete, den von der UN ausgerufenen „Internationalen Tag der älteren Menschen“, den 1. Oktober jedes Jahres, als wichtiges gesellschaftliches Datum im Gesetz zu erwähnen. Beide Vorschläge fanden keine Zustimmung. Diese zwei letztgenannten Vorschläge werden wir in die Meinungsbildung der Bürgerchaftsfraktionen einbringen und hoffen, dass sie bei der parlamentarischen Beratung berücksichtigt werden.

Wir waren mit bestimmten negativen Tendenzen der Prüfungspraxis des beauftragten Instituts nicht einverstanden. Auch wurden die Möglichkeiten für eine bessere Verzahnung der Hamburger Seniorenpolitik nicht beachtet. Wir werden in Kürze Strukturen für eine regelmäßige Zusammenarbeit aller in der Seniorenpolitik tätigen Organisationen anbieten. Das wird die Seniorenpolitik in Hamburg zusätzlich stärken.

**Johannes Müllner,
Vorsitzender der DGB Hamburg
Senioren Koordinierungsgruppe**

Anzeige

**Notdienst der
Glaser-Innung Hamburg**
für alle Hamburger Bereiche

**Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60**



Firmenungebundene
Auftragsannahme



BESICHTIGUNGSANKÜNDIGUNG

Wasserwerk in Blankenese

Nachdem wir das älteste Hamburger „Grundwasserwerk Billbrook“ des Wasserversorgers „Hamburg Wasser“ im Stadtteil Rothenburgsort am 14. Februar 2018 besichtigen (leider ausgebucht), werden wir am

Mittwoch, dem 18. April 2018,
um 13.30 Uhr

das Wasserwerk „Boursberg“ in Hamburg Blankenese, Kösterbergstraße 31, besichtigen. Das Wasserwerk befindet sich in einem parkähnlichen Gelände auf dem „Boursberg“ mit einer Höhe von 91,6 m über NN. Das ehemalige „Wasserwerk Altona“ wurde 1859 in Betrieb genommen und versorgte die westlichen Stadtteile bis nach Bahrenfeld mit dem gereinigten Trinkwasser! Das Elbwasser wurde in 18 „Langsandsfiltrationsbecken“ aufbereitet und über einem sehr großen Speicher, welcher sich im Turm des Wasserwerks befindet, in freiem Fall zu den Verbrauchern geleitet, ohne dass Pumpen zwischengeschaltet werden müssen. Zu diesem Zeitpunkt gehörte das Wasserwerk noch zum Herzogtum Lauenburg, welches vom dänischen König regiert wurde. Ab sofort können sich interessierte GdP-Mitglieder für die Besichtigung in der GdP-Geschäftsstelle unter der bekannten Tel.



Imposant: Das Wasserwerk am Boursberg

Nr. 040/28 08 96-0 bei den Kolleginnen Antonia Nölter oder Nina Krüger anmelden. Wir treffen uns um 13.20 Uhr vor dem Eingangstor zum Werks-gelände in der Kösterbergstr. 31 in Hamburg Blankenese. Erreichen könnt ihr das Wasserwerk, indem ihr ab Hamburg Hauptbahnhof mit der S-Bahn Linie S 1 um 12.38 Uhr (oder 12.08 Uhr) nach Blankenese und dort mit dem Bus der Linie 286 um 13.13 Uhr (oder um 12.43 Uhr) bis zur Haltestelle „Krankenhaus Tabea“ fahrt! Von dort sind es ca. noch 100 m bis zum Werkstor zu laufen. Die Besichtigung dauert bis 15 Uhr und die Bus-rückfahrt ist um 15.12 Uhr möglich.

Mit allen interessierten Mitgliedern, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen, würde ich im Anschluss an die Besichtigung eine Wanderung durch die schöne Blankeneser Landschaft bis zum Anleger Blankenese („Op 'n Bulln“) machen wollen. Zwischendurch evtl. einkehren und/oder mit dem Fährschiff (Fahrpreis 4 Euro) bis zu den St. Pauli-Landungsbrücken zurückfahren. Der Fachbereichsvorstand freut sich wieder auf eine interessante Besichtigungstour mit euch, liebe GdP-Mitglieder.

**Klaus-Peter Leiste,
Vorsitzender FB Senioren**

ANKÜNDIGUNG

Mitgliederversammlung

Unsere nächste Mitgliederversammlung findet wie gewohnt am zweiten Dienstag im Monat, im Personalrestaurant des Polizeipräsidiums am

13. Februar 2018 um 15 Uhr

statt, zu der wir unseren Innen- und Sportsenator Herrn Andy Grote zum zweiten Mal eingeladen haben und der zugesagt hat. Der Senator hat das Amt von seinem Vorgänger Herrn Mi-

chael Neumann am 20. Januar 2016 übernommen. Zu seiner zweijährigen Amtszeit möchten wir dem Senator Herrn Andy Grote ganz herzlich gratulieren. Wir hoffen, dass zu dieser Versammlung des FB Senioren wieder viele interessierte Mitglieder kommen und auch Fragen zu der aktuellen Innenpolitik haben und diese dem Innensenator stellen werden. Wir hoffen, dass der Senator die vielen aktuellen Themen nach dem G20-Gipfel bis heute anspricht und dazu Fragen aus dem Plenum kommen.

Der Fachbereichsvorstand Senioren freut sich schon jetzt auf eine sehr gut besuchte Veranstaltung.

**Klaus-Peter Leiste,
Fachbereich Senioren**

